Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint

Nr. 234. Mittag-Ausgabe. Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Mittwoch, den 20. Mai 1868.**

Deutschland.

O. C. Zoll-Parlaments-Verhandlungen.

15. Sitzung des Zollparlaments. (19. Mai.)

Eröffnung 10¼ Uhr. Am Tisch des Bundesrathes Delbrück, Graf zu Eulenburg, Michaelis, v. Linden u. A.

Die Wahl des Abg. Müller (Görlitz), über welche Abg. v. Unruhe-Bomst Namens der vierten Abtheilung referirt, wird ohne Discussion für gültig erklärt. Es liegt zwar gegen dieselbe ein Protest vor, in welchem namentlich folgende beiden Punkte hervorgehoben werden. Ein Theil der Wahlzettel sei nur mit „Dr. Müller in Berlin" beschrieben gewesen, eine um so unbestimmtere Bezeichnung, als auch der Gegencandidat Müller geheißen. Außerdem seien in vielen Bezirken neue Wahllisten aufgestellt worden, entgegen der Bestimmung des Wahlreglements, wonach bei Nachwahlen (es handelt sich hier um eine Nachwahl für v. Carlowitz) die Wählerlisten der ersten Wahl benutzt werden müssen. Die Abtheilung hat jedoch beide Einwendungen für unerheblich erachtet, als dem Abg. Müller auch nach Abzug der Stimmen, die in Folge jenes Verstoßes gegen das Reglement ihm zugefallen sind, doch noch die absolute Majorität verbleibt.

Es folgt die Schlußberathung über den Handels- und Schifffahrtsvertrag mit dem Kirchenstaate.

Beide Referenten, Diepolder und Hinrichsen, beantragen Genehmigung des Vertrages. Der Kirchenstaat hat bei Regelung seiner handelspolitischen Beziehungen zum Auslande sich bisher auf den Abschluß von Reciprocitätsabkommen beschränkt, durch welche der fremden Schifffahrt die Gleichstellung mit der einheimischen und dem fremden Handel die Gleichstellung mit dem meistbegünstigten gesichert wurde. Auf dieser Grundlage hatten 1834 Preußen, 1854 Hamburg, 1859 Mecklenburg-Schwerin Abkommen mit dem Kirchenstaate geschlossen. Zu einem gleichen Abkommen mit dem Zollverein war bisher kein Bedürfniß. Dies Verhältniß hat sich seit dem Handelsvertrage zwischen Frankreich und dem Kirchenstaate vom 29. Juli 1867 geändert. Es sind durch denselben die Aus- und Einfuhrzölle für eine Reihe von Artikeln zu Gunsten Frankreichs bedeutend herabgesetzt worden, so daß z. B. französische Seidenwaaren 12 Sgr. Zoll vom römischen Pfund, deutsche 1 Thlr. 15 Sgr. entrichten müssen. Diese Gefährdung deutscher Handelsinteressen war um so ernster, als andere Staaten, wie England und Belgien, an den Frankreich eingeräumten Vortheilen theilnehmen. Dem abzuhelfen ist gegenwärtiger Handelsvertrag bestimmt. Durch denselben werden dem Zollverein die Rechte der meistbegünstigten Nation vom Kirchenstaat eingeräumt, und schließt sich der Vertrag im Uebrigen nahezu vollständig an den Inhalt der Verträge von 1863 und 1855 an.

Das Haus genehmigt ohne weitere Discussion einstimmig den Vertrag.

Der 3. Gegenstand der Tagesordnung ist die Vorberathung des Gesetzes betreffend die Abänderung des Vereinszolltarifs vom 1. Juli 1865. Der Abschnitt I. enthält unter 45 Nummern die vom Eingangszoll befreiten Gegenstände, darunter gewalztes Blei und Zinn, Fleisch, Vieh, Steinkohlen, Felle zu Rauchwaaren, Walzen zum Druck und zur Appretur, hölzerne See- und Flußschiffe, Pulver, alle Droguen und Chemikalien (mit Ausnahme von Chloroform, Colodium, ätherischen Oelen, Essenzen, Extracten, Firnissen, Malerfarben, Farbenstiften, Salmiak, künstlichen Getränken, Wässer u. s. w.)

Abschnitt II. enthält die Zollermäßigungen pro Centner: ein- und zweidrähtiges Baumwollengarn 2 Thlr., mehrdrähtiges 4 Thlr., undichte Baumwollengewebe, Spitzen, Stickereien 26 Thlr., Abfälle von Stahl 5 Sgr., Blei- und andere Stifte 3⅓ Thlr., Drahtgewebe aus Kupfer 2⅔ Thlr., Leinenwaaren 10 Thlr., Lichte (andere als Talg- und Stearinlichte) 1½ Thlr., Hefe mit Ausnahme der Weinhefe 7 Thlr., Essig in Flaschen 2⅔ Thlr., künstliche Getränke 2⅔ Thlr., Tafelbouillon 15 Sgr.

Abschnitt III. lautet: Mit einem Eingangszolle werden belegt Mineralöle, roh und gereinigt für den Centner mit 15 Sgr. (52½ Kr.).

Der Rest der Vorlage handelt von der Taravergütung und den nothwendigen redactionellen Aenderungen des Tarifs vom 1. Juli 1865.

Zu dieser Vorlage liegt eine große Zahl von Amendements vor deren Wortlaut bei der Specialdiscussion eine bessere Stelle finden wird. Hier sei nur erwähnt, daß die Abgg. v. Hennig und Lesse in einer Reihe von Anträgen die Herabsetzung der Eisen- und Stahlzölle und die zollfree Ausfuhr von Lumpen und Abfällen zur Papierfabrikation verlangen; Abg. Grumbrecht desgleichen die letztere; die Abgg. Roß und Keller eine Reform der Zuckerzölle, die wiederum von Hagen und Sombart amendirt wird; Abg. Meier (Bremen) eine Herabsetzung des Zolles auf Cigarren von 20 auf 15 Thlr.

Zur Generaldiscussion haben sich 7 Redner für und 9 gegen die Vorlage gemeldet.

Abg. Wiggers (Berlin) [für die Vorlage]: Ich bin mit den Abänderungen des Tarifs einverstanden, mit Ausnahme der Steuer auf Mineralöle, welche den Ausfall decken soll, der nach Ansicht der Regierungen durch den österreichischen Zollvertrag entstehen wird. Es ist dabei aber nicht in Anschlag gebracht, die Vermehrung des Consums und die Verminderung der Verwaltungskosten, z. B. ist durch Mecklenburgs Beitritt zum Zollverein der Grenzcordon von 116 auf 20 Meilen verkürzt worden. Für einen vorübergehenden Ausfall können wir aber unmöglich eine dauernde Steuer bewilligen, am wenigsten in einer so bedeutenden Höhe, wie sie in der Tabaks- und Petroleumsteuer von uns verlangt wird. Der preußische Herr Bundescommissar hat uns zwar neulich auseinandergesetzt, daß die Einnahmen in der letzten Zeit durchaus nicht im Verhältniß zur wachsenden Bevölkerung gestiegen seien und daß deshalb die Eröffnung neuer Einnahmequellen zur Nothwendigkeit werde, er hat jedoch vergessen, das Versprechen hinzuzufügen, daß auch umgekehrt bei einer unverhältnißmäßigen Steigerung der indirecten Einnahmen eine Erleichterung der Lasten eintreten solle.

Bei der in Aussicht genommenen vollen Verkehrsfreiheit im norddeutschen Bunde ist aber zu erwarten, daß die Zölle bald ein sehr bedeutendes Plus ergeben werden, ich halte deshalb eine neue Steuer, namentlich eine, die wie die Petroleumsteuer die ärmeren Klassen vorzugsweise belastet, für überflüssig und verwerflich. Der Schutzzoll ist eine Staatshilfe für den Producenten, und wenn die Masse zum Bewußtsein kommt, wie viele Millionen sie zu Gunsten Einzelner hergegeben, wer kann es ihr dann verdenken, daß sie ein Gleiches für sich fordert? Der Schutzzoll vermindert die Ansammlung von Capitalien und drückt dadurch auf die Arbeitslöhne. Die Schutzzöllner selbst begehen eine Inconsequenz, wenn sie für Gewerbefreiheit sind, denn die Zunft ist der Schutz für das kleine Capital, wie der Schutzzoll für das große. Die Erörterung der Bedürfnißfrage bezüglich der projectirten Petroleumsteuer geht, wie uns bereits neulich der Herr Bundescommissar auseinandergesetzt, über die Competenz dieser Versammlung hinaus; es ist dies eine nothwendige Folge des heillosen Zustandes, in welchem wir uns befinden. Wir können uns sehr wohl denken, daß manche Staaten einer neuen Steuer nicht bedürfen, daß der norddeutsche Bund an Ausgaben sparen kann; aber ich bin nicht berechtigt, diese Frage hier zu erörtern. Das ist eben der Grund, weshalb wir immer wieder und wieder auf die nationale Frage zurückkommen müssen, und weshalb ganz Deutschland das größte Interesse daran hat, daß wir es zu einem nationalen Körper vereinigen. Ich will nicht wieder auf die gestrige Debatte zurückkommen, aber doch dem Theil der Süddeutschen, welcher sich immer auf die Negative stellt, zu bedenken geben, welche Unzuträglichkeiten durch solche Abnormitäten entstehen und daß es wirklich nicht mehr an der Zeit ist, auf dem Standpunkt der Negative stehen zu bleiben. Ich begreife ganz gut, daß Sie sich nicht ohne Weiteres in den norddeutschen Bund hineinstürzen wollen, Sie können uns auch Ihre Wünsche und Forderungen zu erkennen geben und uns sagen, daß wir Ihnen keineswegs zu liberal, sondern zu wenig liberal sind, aber die bloße Negation — ich weiß recht gut, daß Sie dasselbe Gefühl für die Größe und Einigkeit der Nation haben wie wir — könnte doch in mancher Beziehung so ausgelegt werden, als wollten Sie blos die deutsche Einigung stören.

Gegen die Petroleumsteuer habe ich endlich noch einen constitutionellen Grund. Wir haben bereits eine so große Anzahl von indirecten Steuern, — dieselbe beträgt mehr als zwei Drittel sämmtlicher für den Nordbund erhobener Steuern, daß die Gefahr nahe liegt, daß wir bei einem weiteren Fortschreiten auf dieser Bahn bald unser gesammtes Budget- und Steuerbewilligungsrecht in Frage stellen werden. Wir kommen dadurch schließlich zu einem Aversionalsystem, wie es in meinem engeren Vaterlande besteht und welches das Budgetrecht, selbst wenn man über die Bewilligung der Ausgaben frei zu verfügen hat, vollkommen illusorisch macht. Ich bitte Sie deshalb auch aus diesem Grunde, die Petroleumsteuer zu verwerfen.

Abg. Dr. Mohl (gegen die Vorlage): Ich lege einen besonders hohen Werth auf die finanzielle Bedeutung des Gesetzes, die man bei den Berathungen der letzten Zeit zu sehr aus dem Auge verloren zu haben scheint. Es waren namentlich 3 große Maßregeln, die uns zuletzt beschäftigt haben, zunächst der Handelsvertrag mit Oesterreich. Durch die Herabsetzung des Zolles auf Roheisen, Wein und Leinengarn ist eine bedeutende Verminderung der Einnahmen in Aussicht genommen. Ich gebe zu, daß der Ausfall problematisch ist, daß er später durch eine gesteigerte Einfuhr vollkommen gedeckt wird, aber in der ersten Zeit wird es sich jedenfalls sehr fühlbar machen. Die zweite Maßregel war die Tabakssteuer; die Regierungen hatten sich davon eine sehr bedeutende Einnahme versprochen und glaubten, den in Folge des Handelsvertrages entstehenden Ausfall decken zu können. Durch die Amendirung ist bei der ganzen Steuer so viel wie gar Nichts herausgekommen. Endlich die gegenwärtige Vorlage. Auch diese bezweckt wieder die Herabsetzung des Tarifs und hofft, den für die nächste Zeit mit Bestimmtheit zu erwartenden Ausfall durch die auf 500,000 Thlr. veranschlagte Petroleumsteuer zu ersetzen. Bei der Natur dieser Steuer und nach dem, was ich bereits darüber gehört, läßt sich eine sehr heftige Opposition und die Ablehnung der Steuer erwarten. Durch Annahme der Herabminderung der übrigen Tarifpositionen, würden Sie also von Neuem ein Deficit veranlassen, ohne einen gleichzeitigen Ersatz dafür zu schaffen. Aus diesem Grunde empfehle ich Ihnen die Ablehnung der ganzen Vorlage. (Redner geht hierauf auf die einzelnen Positionen ein und verbreitet sich namentlich über die Besteuerung von Chemikalien und Droguenwaaren, Vieh, drei- und mehrdrähtigem Baumwollengarn, Cichorien, Colonialzucker und Lumpen, wird aber bei der steigenden Unruhe des Hauses mehr und mehr unverständlich. Während seines Vortrages tritt Graf Bismarck ein.)

Abg. Miquel (für die Vorlage): Ich vermisse ungern in ihr die Aufhebung des Eingangszolles von Reis und die Reform der Besteuerung des Zuckers, die durch Ermäßigung des Zolles höhere Einnahmen erzielen würde. Selbst große Zuckerfabrikanten geben zu, daß auch eine radikale Reform die inländische Zuckerfabrikation nicht gefährden würde. Statt dessen enthält der Tarif den ganz neuen Zoll auf Petroleum, um die angeblichen Erleichterungen der Handelsverträge zu compensiren durch eine ganz neue indirecte Steuer. M. H., wir sind zwar nur ein herausgerissenes Stück von einem Parlament und daher gar nicht in der Lage, irgend eine Frage gründlich zu behandeln; wir können weder das finanzielle Bedürfniß noch die Zweckmäßigkeit der Auflage prüfen. Ich bin allerdings überzeugt, daß die deutsche Nation sich einen solchen Zustand trotz ihrer Freunde in Würtemberg nicht lange wird gefallen lassen. Auch die Regierungen werden bald bemerken, daß man mit Volksvertretungen nur regieren kann, wenn man ihnen ihr volles Recht giebt. Von keiner Seite wird die Petroleumsteuer an und für sich empfohlen; man stellt sie als ein Uebel dar, nothwendig, sagen ihre Vertheidiger, um die Ausfälle in den Zolleinnahmen zu decken. Der Herr Geheimrath Michaelis hat sich bei dem Nachweis dieser Ausfälle hauptsächlich auf die Resultate 1867 gestützt. Aber das Jahr 1867 war ein extraordinäres, ein Jahr der Mißernte wie 1866 ein Kriegsjahr. Ich bestreite daher, daß 1867 richtige Erfahrungen über die Resultate der Zollermäßigungen von 1865 bereits vorlagen.

Die beiden Jahre nach dem Eintreten der mit dem französischen Handelsvertrage begonnenen Zollreform waren abnorme Jahre und können nicht zur Deduction benutzt werden. Und haben die Staatskassen nicht auf andere Weise Ersatz bekommen? Sind nicht die directen Steuern, die Einnahmen aus dem Staatsvermögen, den Forsten, den Regalien, den Bergwerken in viel bedeutenderem Maße gewachsen, als im Verhältniß die Bevölkerung zugenommen hat? Die Regierungen sind also im Ganzen nicht zu kurz gekommen. Die Volksvertretung muß sorgen für Verminderung der Ausgaben und Vermehrung der Einnahmen, wenn ein dauerndes Deficit nachgewiesen wird. Aber einen vorübergehenden Ausfall dürften wir dann nicht durch dauernde Einnahmen beseitigen. Es ist nicht der mindeste Grund zu der Annahme vorhanden, daß den Staatskassen ein dauerndes Deficit in Aussicht steht. Sollte sich das doch in Zukunft herausstellen, dann werden wir allerdings Rath schaffen müssen und werden Rath schaffen; gegenwärtig soll man uns aber so etwas nicht zumuthen. Und namentlich die Bewilligung einer Steuer auf Petroleum wäre etwas ganz unübersehbares. Wir können gar nicht wissen, welchen Umfang die Einfuhr dieses Products annehmen wird, nachdem in der kurzen Zeit, seitdem es sich auf dem Markt befindet, dieselbe sich schon so unverhältnißmäßig gesteigert hat. Es wäre unverantwortlich, wenn wir, dies vor Augen, die Steuer darauf dennoch bewilligen wollten. Man empfiehlt sie mit Rücksicht auf die dadurch zu ermöglichende Verminderung der Matrikularumlagen. Aber, meine Herren, abgesehen davon, daß diese Matrikularbeiträge doch schon ihre Deckung in dem Budgete der Einzelstaaten gefunden haben, würde auch ihre Verminderung nur dann von Einfluß sein, wenn dieselbe eine merkliche wäre; der ganze durch die Einnahmen der Petroleumsteuer in Aussicht genommene Betrag beläuft sich aber auf nur 500,000 Thlr., also eine ganz geringfügige Summe, und das ganze Resultat, wenn wir die Steuer bewilligten, wurde sein, daß wir das eine behalten und das andere hinzubekommen. (Sehr richtig.)

Ich für meinen Theil würde auch, wenn wirklich ein dauerndes Bedürfniß nachgewiesen würde, viel lieber für eine Erhöhung der directen Steuern stimmen; müßte ich aber wider Willen zu indirecten Steuern meine Zuflucht nehmen, so würde ich doch zu allerletzt das Petroleum wählen. (Sehr richtig!) Die Weinsteuer ist von uns erheblich reducirt worden. Kommt das dem armen Mann zu Gute? Nein! Aber mit dem Petroleum würde man gerade den armen Mann drücken, der wohl vom Kienholz und der Thranlampe zum Petroleum übergehen, aber nicht vom Petroleum zur Thranlampe und zum Kienspan zurückkehren kann. In einer großen Stadt, wo billig Gas producirt wird, da kann sich der Bürger von der Petroleumsteuer frei machen, indem er das wohl noch billigere Gas brennt. In kleinen Städten aber und auf dem Lande, da bleibt keine Wahl, entweder schlechte, theuere Beleuchtung, oder Petroleum und Steuer. Aus allen diesen Gründen, meine Herren, würde ich nicht einmal als vollberechtigter Volksvertreter mich bewogen finden, für diese Steuer zu stimmen, um so weniger aber in der prekären Stellung, die das Zollparlament einnimmt. Wir, die wir für die deutsche Sache kämpfen, wissen, daß die Lasten des Augenblickes vorübergehen, daß die Wohlthaten des großen Staates, eines wirklichen nationalen Lebens, die Schäden der Gegenwart bald ausgeglichen haben werden. Aber die Masse des Volkes stützt sich mit ihrem Urtheile lediglich auf die Empfindung des Gegenwärtigen. Und da können wir uns nicht verhehlen, daß die neue Zeit dem Volke wohl viele Lasten, aber der Wohlthaten sehr wenige gebracht hat. In einem solchen Momente eine neue Steuer eintreten zu lassen, halte ich für in jeder Beziehung fehlerhaft. Diese Steuer würde uns in jedem Falle viel größere Nachtheile für die Durchführung der nationalen Aufgabe bringen, als ihre Bewilligung Mittel an die Hand geben.

Abg. Feustel (Baiern) [gegen die Vorlage]: Der Streit zwischen Freihandel und Schutzzoll ist principiell überhaupt nicht auszutragen. Die bestehenden Verhältnisse müssen beachtet werden; dann wird sich auch leicht eine Vereinigung zwischen den widerstreitenden Ansichten finden lassen. Als Beispiel dafür, daß der Freihandel die nothwendige Grundlage aller wirthschaftlichen Entwickelung sei, wird uns immer England vorgeführt. Dabei wird aber sehr viel übertrieben, da bekanntlich der Hauptaufschwung des englischen Handels vor dem Durchbruch des Princips des Freihandels war. Amerika hat bekanntlich das größte Schutzzollsystem und doch einen blühenden Handel. Die Theorie paßt also nicht auf alle Verhältnisse. — Die gegenwärtige Vorlage nun führt Reformen ein, die, wie die Motive sagen, zu Gute kommen sollen der Consumtion, der Production und dem Handel. Eine große Reihe von Artikeln soll zollfrei werden, woraus ein Ausfall von 274,000 Thalern entstehen soll. Es ist richtig, daß diese Dinge dafür etwas wohlfeiler zu bekommen sind; man täuscht sich aber, wenn man glaubt, daß dies reiner Gewinn sei. — So liegt uns eine Eingabe von Besitzern chemischer Fabriken aus Berlin vor, welche ausführen, daß die Fabrikation gewisser Artikel im Falle der Zollherabsetzung bei uns nahezu unmöglich sein werde, da in England die patentirten Fabriken eine so bedeutende Entwickelung genommen haben, daß unsere Industrie zur Zeit nicht mit dieser concurriren kann. — Dazu kommt die Nothwendigkeit, die Ausfälle zu decken, der Tarif führt eine Petroleumsteuer dafür ein. Wenn ich die Sache vom Standpunkte unserer, der bairischen Finanzen aus betrachte, komme ich hierbei zu einem anderen Resultate, als einzelne Vorredner. Unser Budget ist darauf angelegt, gewisse Summen aus den Zöllen zu ziehen. Wenn nun eine Erleichterung eintritt, fehlt diese Summe auch im bairischen Budget, diese Summe muß nun entweder hier durch indirecte Steuern ersetzt werden oder in München durch directe Steuern.

Dieser letzte Weg würde bei uns der unglücklichste sein, weil bei uns hierzu immer die Gebäudesteuer herhalten muß, viele Besitzer aber dann lieber die Petroleumsteuer, als die Gebäudesteuer zahlen werden. Das Petroleum ist jetzt so außerordentlich im Werthe gesunken, daß 15 Sgr. Steuer keinen so großen Einfluß üben. — Wenn wir mit der Zollermäßigung gleich so weit vorgehen, berauben wir uns der Mittel, durch Concessionen von anderen Ländern für unsere Interessen zu wirken. Wir müssen uns nicht auf einmal waffenlos machen, sondern solche Herabsetzungen zu Unterhandlungen mit den Nachbarstaaten benutzen. — Von verschiedenen Seiten ist hervorgehoben, daß die Veröffentlichung der Vorlage erst vor so kurzer Zeit erfolgt ist, daß die Ansichten der Betheiligten nicht erst gehört werden konnten. So schnell dürfen wir nicht darüber hinweggehen; die Interessen des Handels 2c. sind leicht geschädigt. Es ist deshalb unsere Pflicht, bei dieser Gelegenheit auszusprechen, daß wir in Zukunft über solche Fragen doch gehörig informirt sein wollen, daß den Interessenten Zeit gelassen werden soll, ihre Meinung zur Geltung zu bringen. — Ich werde deshalb Ja sagen zu Allem, was ich übersehen kann und wovon ich überzeugt bin, daß es den Verkehr und die Production fördert; nein zu den Dingen, wo ich nicht genügend informirt bin und wovon ich annehme, daß es keine wesentliche Erleichterung bietet, und daß wir dadurch im Kampfe mit der ausländischen Industrie die Waffen für die Zukunft aus der Hand geben

Bundes-Commissar Delbrück: Wenn ich mich mit einigen Worten auf die finanzielle Seite der Vorlage einlassen will, bin ich in der eigenthümlichen Lage, wesentlich gegen die Redner sprechen zu müssen, welche für die Vorlage gesprochen haben (Heiterkeit) und in mancher Beziehung mit den Rednern zu harmoniren, welche gegen die Vorlage eingeschrieben waren. Der Abg. Mohl hat eine Art finanzieller Bilanz über die bisherigen Beschlüsse des Zollparlaments gezogen, die im Allgemeinen richtig sind. Er hat gezeigt, daß durch den Vertrag mit Oesterreich Einnahmeausfälle unvermeidlich sind; wenn auch die Zahlen selbst noch zweifelhaft sind, so ist es doch nicht zweifelhaft, daß der Ausfall für die nächsten Jahre ein sehr beträchtlicher sein wird. Die Motive zum Vertrage geben den Ausfall auf 41 Millionen Thaler an. Diesem Ausfall gegenüber steht der Ertrag der Tabakssteuer. Der Ertrag dieser Steuer beginnt aber erst am 1. Januar 1870. — Für 1869 und 7 Monate des Jahres 1868, während welcher Zeit die Zollermäßigung schon in Wirksamkeit ist, giebt es dafür kein Aequivalent aus der Tabakssteuer. Auch nach dem 1. Januar 1870 wird sich das Aequivalent aus der Tabakssteuer nach dem Gesetz, wie es in der ersten Lesung angenommen ist, nur auf 30—40,000 Thlr. Plus belaufen; also, wenn auch nicht ganz Null, aber ziemlich Null. — Die gegenwärtige Vorlage nun wird einen Einnahmeausfall von ca. 274,000 Thaler herbeiführen. Dafür wird eine Compensation durch die Petroleumsteuer vorgeschlagen. Gegen diese Besteuerung haben sich hauptsächlich die Angriffe der Redner gerichtet, welche für die Vorlage gesprochen haben. Ich bin weit entfernt, die volle wirthschaftliche Bedeutung dieses Gegenstandes zu unterschätzen. Die verbündeten Regierungen würden doch sicherlich Anstand genommen haben, eine Besteuerung dieses Artikels vorzuschlagen, wenn sie annehmen dürften, daß hierdurch der Gebrauch dieses höchst wichtigen Artikels beeinträchtigt werden würde.

Die Einfuhrlisten ergaben, daß der Verkehr mit Petroleum in den Jahren 1865, 1866 und 1867 ganz rapide gewachsen ist. Der Preis für den Centner betrug Mitte 1865 = 10—11 Thaler; im November desselben Jahres 17 Thlr.; im December 16—17 Thlr.; im Januar 1866 13—14 Thlr.; im August 11—12 Thlr.; im December 8 Thlr.; im Januar 1867 8 Thlr.; im Juni 6½ Thlr.; im September 8 Thlr.; im December 7—7⅙ Thlr. — Gegen diese Preisschwankungen bei dem außerordentlich steigenden Verkehr ist eine Steuer von 15 Sgr. pro Centner verschwindend und wird keine Wirkung auf den Verbrauch ausüben. Unter dieser Abgabe wird Niemand leiden. Als bei der Tabaksvorlage sich ein voraussichtlicher Ueberschuß der Einnahmen von etwa 1 Million ergab, da konnte ich wohl begreifen, daß Bedenken obwalteten, Mehreinnahmen zu bewilligen über den gebotenen Erlaß hinaus, über deren Verwendung man nicht klar war. Wenn aber durch Ihren Beschluß die Tabaksteuer ihre finanzielle Seite jetzt vollständig verloren hat, der Vertrag mit Oesterreich und die gegenwärtige Vorlage einen unzweifelhaften beträchtlichen Einnahmeausfall zur Folge hat, der nicht unter 1 Million betragen wird und dafür eine neue Abgabe in Anspruch genommen wird, welche etwa 7—800,000 Thlr. einbringen soll, also hinter dem Ausfall noch zurückbleibt, wenn man einer solchen Lage gegenüber noch Bedenken trägt, diese Einnahmen zu bewilligen, so will man damit dem Zolltarif eine Stabilität geben, von der ich überzeugt bin, daß sie der Mehrzahl dieser Versammlung nicht erwünscht ist. Ich bezweifle übrigens, daß die verbündeten Regierungen sich so leicht mit dem Wechsel abfinden lassen werden, der auf die directen Steuern gezogen und von den Special-Landesvertretungen eingelöst werden soll. Die verbündeten Regierungen werden vielmehr nach wie vor Werth darauf legen, einen gewissen Theil des Budgets aus den Zöllen bestimmt zu erhalten und werden Bedenken tragen, Zollermäßigungen ihre Zustimmung zu geben, deren Einnahmen vermindert, wenn die Compensation aus derselben Quelle versagt wird. Es handelt sich hier um einen Artikel, der durch eine Belastung Ersatz bieten soll für den Erlaß, der in der Totalsumme höher ist, als die neue Belastung einbringt, um einen Artikel, bei dem ein Blick auf seine Geschichte bewiesen hat, daß er diese Belastung sehr wohl ertragen kann; ich bitte die Versammlung, zu erwägen, in welcher engen Verbindung diese Frage mit der ganzen Tarifreform steht.

Abg. v. Hennig (für die Vorlage): Mit den allgemeinen Grundsätzen der Vorlage bin ich einverstanden, wenn ich auch gegen einzelne Punkte nicht unerhebliche Bedenken habe. Die Lage des Zollparlaments ist dadurch eine sehr schwierige, daß wir wohl über Einnahmen, nicht aber über Ausgaben zu beschließen haben. — Nach den Motiven der Vorlage soll die Einfuhr an Petroleum 1 Million Centner, die Steuer soll also 500,000 Thlr. betragen. Nun sind aber im vorigen Jahre 1,700,000 Ctr. eingeführt worden; die Einnahme würde sich also auf fast 1 Million blaufen und im nächsten Jahre ein noch größeres Resultat geben. Ich halte es überhaupt für nicht richtig, aus Besorgniß vor einem Deficit, das noch nicht einmal klar ist, schon heute einen entscheidenden Entschluß zu fassen über die Vorbesteuerung eines Artikels, wofür uns die Erfahrung noch nicht die geringsten Anhaltepunkte giebt. Die Erträge der Zölle lassen sich überhaupt nicht herausschneiden aus der gesammten Finanzverwaltung der einzelnen Staaten. Vergleichen wir das preußische Budget von 1852, das bei 17 Millionen Einwohnern auf eine Einnahme von 94,277,300 Thlrn. veranschlagt war, mit dem von 1866, wo die Einnahme bei 19½ Mill. Einwohnern auf 173,934,139 veranschlagt war, so sehen wir, daß sich hier die Bevölkerung nur um ⅛, der finanzielle Ertrag der Steuern um das Doppelte vermehrt hat. Dies muß man wohl mi in Betracht ziehen, denn die Steuerfähigkeit hat eine bestimmte Grenze; wird über dieselbe hinausgegangen, so drückt man damit den Wohlstand und die Steuerfähigkeit selbst herab. — Unsere Postverwaltung hat doch schlagend bewiesen, daß durch die Herabsetzung des Portos bedeutend höhere finanzielle Erträge erzielt worden sind; ebenso ist es mit den Zöllen; ein vermuthlicher vorübergehender Ausfall durch Zollherabsetzung darf uns deshalb niemals zu einer dauernden Steuererhöhung veranlassen.

Es ist ferner zu bedenken, daß das Petroleum nicht allein vertheuert wird durch den Zoll von 15 Sgr., also etwa um 2 Pfennige pro Pfund, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß ein Artikel, der bis dahin unbesteuert war, durch eine Besteuerung höher im Preise stieg, als der Zoll betrug; es kommen dazu die allgemeinen Unkosten; bei Petroleum wird außerdem keine Taravergütung gewährt, die Fässer werden also nach ihrem Gewicht mit verzollt; dazu kommt, daß bei Petroleum eine bedeutende Leckage stattfindet, Alles das müssen natürlich die Consumenten bezahlen. Die Geschichte der Preisschwankungen, die der Bundes-Commissar gegeben, beweist für die Zulassung der Besteuerung gar nichts; sie beweist nur, daß mit dem geringerem

Preise der Consum bedeutend zugenommen hat. Der Consum des Petroleums hat sich so schnell durch alle Schichten der Bevölkerung erstreckt, wie der keiner anderen Waare; von Ostpreußen bis nach dem Schwarzwalde brennt man jetzt Petroleum, wo man noch vor Kurzem mit Kaminfeuer oder mit dem Kienspahn beleuchtete. Gerade weil es erst so kurze Zeit Lebensbedürfniß geworden ist und noch nicht die Entwickelung gefunden hat, die es im Stande ist, sich zu erwerben, deshalb soll man es daran nicht hindern; das Petroleum ist zur Gasfabrikation zu benutzen, zu allerlei gewerblichen Zwecken, und eben weil der Verbrauch dieses Artikels im Stande ist, die Bevölkerung steuerfähiger zu machen, indem es ihr gestattet, zur Nachtzeit zu arbeiten nnd dadurch den Ertrag der Arteit zu erhöhen, ist der gegenwärtige Zeitpunkt völlig ungeeignet zu einer Einführung der Steuer. Mag die Steuer hoch oder niedrig sein; sie ist immer ein Hemmniß des Verbrauchs; und wir haben gar keine Veranlassung, die Entwickelung eines solchen Artikels im Anfange seiner großen Verbreitung zu verhindern; lassen wir uns Zeit zur Ueberlegung, wie weit seine Wirksamkeit sich erstrecken wird; heute können wir es noch nicht übersehen. — Abgesehen hiervon heiße ich die Vorlage der Regierung im Allgemeinen willkommen als den ersten Schritt auf dem Wege, der uns allein weiter führen kann, als den ersten Schritt dazu, alle die Artikel vom Zolle zu befreien, die einen unerheblichen Steuerertrag liefern und in Folge dessen kaum die Kosten der Steuererhebung decken; aber auch als einen weiterrn Schritt zur Befreiung der menschlichen Thätigkeit von der Zwangsfessel der Zölle, als eine Rückkehr zu den vernünftigen Grundsätzen, die der Zolltarif von 1818 aufgestellt hat, von denen man aber später leider abgewichen ist. Wenn man auch noch mehr erwarten konnte, daß namentlich der letzte Zoll auf Nahrungsmittel, nämlich der Reiszoll fallen würde, so wird auch dies doch nicht hindern, da ich einen Fortschritt darin anerkennen muß, für die ganze Vorlage zu stimmen.

Bundes-Commissar Dr. **Michaelis** empfiehlt die unveränderte Annahme der Vorlage und tritt den Ausführungen der Abgeordneten Mohl, Miquel und v. Hennig entgegen. Die Ansicht des Abg. Mohl, daß die Zollherabsetzungen eine Quelle von Elend, der Ruin unserer Industrie sein werden, müsse er entschieden zurückweisen; um so etwas zu glauben, dazu habe er eine zu gute Meinung von unserer deutschen Industrie. Er trat sodann den Entwürfen entgegen, welche Abg. Miquel seinen neulichen statistischen Mittheilungen bei der Berathung des Tabaksteuergesetzes heute entgegengehalten. Er könne nur wiederholen, daß das Resultat der Zusammenstellung des Budgets für den Norddeutschen Bund sei, daß die Matricularbeiträge um 2,419,000 Thlr. erhöht werden müßten, das sei das Resultat der Mindereinnahmen und Mehrausgaben. — Der Vergleich, den Herr v. Hennig zwischen den Einnahmen des preußischen Budgets von 1855 und 1866 gezogen, sei deshalb nicht maßgebend, weil Herr v. Hennig die Brutto-Einnahmen, also incl. der Ueberschüsse vom Bergbau und der Eisenbahnverwaltung mit in Betracht gezogen habe. Er möge nur die Netto-Einnahmen nehmen, so werde das Resultat ein ganz anderes sein. Die angezogene Zeitperiode wäre aber außerdem eine Periode raschen Wachsthums der Production und des Wohlstandes, die nicht lange anhalten und nicht so bald wiederkehren werde. Schon der preußische Etat für 1868 schneide nicht in gleichem Maße ab. — Heute handele es sich nur um die Frage der Deckung eines Deficit; nicht um die Frage einer **Mehreinnahme**, sondern um die Fortentwickelung des Zoll- und indirecten Steuersystems, das neben zahlreichen Erleichterungen auch eine Mehreinnahme gewährt. Die Tabaksteuer haben Sie abgelehnt, heute handelt es sich um die Petroleumsteuer. Es ist nicht möglich, das Tarifwesen blos nach einer Richtung hin zu entwickeln, und Sie mögen sich nicht wundern, wenn Ihre Beschlüsse einen Stillstand der Tarifgesetzgebung zur Folge haben. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Braun** (Wiesbaden): Ich sehe in diesem Entwurf sehr wesentliche Verbesserungen, wenn ich dieselben aber nur durch Bewilligung der Petroleumsteuer erlangen kann, so sage ich: dieser Preis ist mir zu theuer! (Bravo!) Im Jahre 1865 haben wir eine weit bedeutendere Tarifreform gemacht, bei der man auf einen Ausfall von 5,600,000 Thlr. rechnete.. Aber damals sagte gerade die Regierung, der Ersatz dieser Summe werde sich von selbst in der wirthschaftlichen Entwickelung ergeben. Niemand verlangte deswegen eine besondere Steuer. Und diese Behauptung ist durch die Erfahrung bestätigt worden. Dem damaligen außerordentlichen Aufschwunge der wirthschaftlichen Entwicklung, der stattgefunden hat, wie ich gestehe, standen doch andererseits eben so viele ungünstige Umstände gegenüber — ich erinnere nur an die große Handelskrisis — und dennoch hat sich jener Ausfall von 5,600,000 Thlr. in Zeit von 2 Jahren selbst gedeckt. Ich nehme es keiner Regierung übel, wenn sie vorsichtig ist, aber auch die Volksvertretung muß vorsichtig sein, sie muß prüfen, ob die Calculationen richtig sind, und die Calculationen haben bisher einen sehr raschen Ersatz derartiger Ausfälle ergeben. Das Budget des norddeutschen Bundes hätte uns vorgelegt werden können, ist uns aber nicht vorgelegt, und mit unbekannten Größen können wir nicht rechnen. Um so weniger können wir einem **vorübergehenden** Ausfall gegenüber einen **dauernden** Zoll auf Petroleum legen, der sich fortwährend steigern wird, und den wir folglich nie und nimmer wieder loswerden werden. Ist denn die Finanznoth so groß? So groß, wie z. B. in Italien? Dann müßten wir vielleicht aus Desperation zu einem solchen Mittel greifen (Heiterkeit). Aber noch haben wir ja unseren letzten Trumpf unserer Zoll- und Finanzpolitik noch lange nicht ausgespielt und verglichen mit Oesterreich und Italien, denen das Wasser der Finanznoth bis an den Mund reicht, stehen wir auf dem Gipfel finanzieller Größe. (Heiterkeit).

Die Motive bieten uns so glänzende Aussichten, und denen gegenüber sollen wir zu so verzweifelten Maßregeln greifen? Es kommt auch bei jeder Finanzmaßregel nicht blos auf die Kalkulation, sondern auch auf die Opportunität an. Hat man denn keine andere Deckung gehabt für die bevorstehenden Ausfälle als gerade die Steuer auf Petroleum? Oder warum sollen denn wir, das Zollparlament, warum soll denn gerade diese junge Pflanze die Gehässigkeit einer solchen Maßregel auf sich nehmen, die sie noch nicht tragen kann. Es giebt ja ältere, zähere Pflanzen im deutschen Vaterlande, denen man das hätte bieten können. (Heiterkeit.) Hat denn schon irgend ein Staat in Europa eine Steuer auf Petroleum gelegt? Wie kommt gerade die preußische Regierung dazu, von ihrem bewährten und berühmten System abzuweichen? Haben sich in den Zollbundesrath irgend welche fremde Elemente eingeschlichen, so daß es in der That wahr ist, daß er von sich sagen kann: „Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust?" Stelle man die Nothwendigkeit der neuen Steuer so eindringlich vor, wie man will, ich kann nur sagen: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!" Ich werde daher gegen die Steuer stimmen. Sie ist eine schlechte Steuer. Der Beleuchtungsstoff ist für die Masse des Volkes ebenso unentbehrlich wie Wohnung, Nahrung, Heizung. Warum belegen Sie nicht auch die Nahrungs- und Heizungsmittel mit Eingangszöllen?

Selbst der verehrliche Abg. Mohl, der sonst doch so sehr gegen diesen Vertrag ist, will doch Ochsen, Esel und Maulesel keinem Zolle unterworfen sehen, er will mit Recht die internationalen Beziehungen Würtembergs zur Schweiz schonen: so gönne er uns doch die gleiche Rücksicht, uns, die wir zufällig nicht an die Schweiz, sondern an das Meer grenzen. Durch den Zoll wird nun das Petroleum besteuert, nicht allein um den Betrag des Zolles, sondern um das Doppelte desselben, wie Ihnen Herr v. Hennig schon nachgewiesen hat. Der Import von Petroleum betrug ⅓ Million, 1867 schon 2,600,000 Thlr. Welch eine rapide Steigerung! Einen solchen Zoll aber, m. H., dessen Einnahmen so rasch wachsen, den werden wir nie wieder los! Dergleichen Mittel muß man für den Nothfall sich aufbewahren. Wenn man dem Staate neue Einnahmen zuführen muß, dann muß man sich doch vor jedem Wege hüten, der eine Schädigung der wirthschaftlichen Produktion der Gesellschaft mit sich führt. Sonst handelt man wie ein Verschwender, der noch in minorennen Jahren sein väterliches Erbtheil im Voraus verschleudert.

Redner geht nun auf das Verhältniß des Importes von Petroleum, zu der Fabrikaiton, dem Verbrauche und dem Preise des Rüböls über und findet in jeder dieser Beziehungen einen neuen Grund, den Petroleumzoll nicht einzuführen. Die Motive sagen, man wolle ein System der Besteuerung des freiwilligen Aufwandes einführen. Ich frage Sie, m. H., ist das Arbeiten bei Licht ein freiwilliger Aufwand? Oder leitet man damit ein neues System ein, daß man den Anfang macht mit einer Zuwiderhandlung gegen dasselbe? M. H.! Es ist durch die Weisheit der Vorsehung der arbeitenden Bevölkerung ein vortreffliches Licht zu einem billigen Preise zur Verfügung gestellt. Die Vorsehung hat wieder einmal laut und deutlich gesprochen: es werde Licht! Lassen Sie dem deutschen Zollparlament, dem ersten deutschen Zollparlament nicht den Vorwurf machen, daß es die Wege der Vorsehung gekreuzt und gesprochen habe: es werde Finsterniß! (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird die Generaldiscussion geschlossen nnd die Specialdiscussion bis auf morgen vertagt.

Der **Präsident** theilt mit, das ihm der Gesetz-Entwurf, welcher die Zollbefreiungen und Zollermäßigungen des österreichischen Handelsvertrages auf den Verkehr mit allen Nationen ausdehnt (mit Ausnahme des Zolles von Most, Wein und Cider, der da nur gewährt werden soll, wo der Zollverein zu den begünstigtsten gehört), zugegangen ist. Das Haus wird ihn durch Schlußberathung erledigen.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. (Tages-Ordnung: Zweite Lesung des Tabaksteuergesetzes, Specialdiskussion der Tarifvorlage.)

Gumbinnen, 19. Mai. [Waldbrand.] Im Jura-Forst, hart an der russischen Grenze, war ein Waldbrand ausgebrochen. Russisches Militär, welches das Feuer zuerst gewahrte, überschritt die Grenze und traf Anstalten, um dem Brande Einhalt zu thun, welcher in Folge dessen auf eine geringe Fläche beschränkt blieb und nur unerheblichen Schaden angerichtet hat. Das hilfreiche Eingreifen der russischen Soldaten fand allgemeine Anerkennung. (W. T. B.)

Stuttgart, 19. Mai. Dr. Petermann in Gotha hat von der würtembergischen Regierung 500 Gulden als Beitrag zur deutschen Nordpol-Expedition bewilligt erhalten. (W. T. B.)

Oesterreich.

Wien, 19. Mai. Die Publication der mit der Sanction des Kaisers versehenen **Confessionsgesetze** wird morgen oder übermorgen erwartet. Baron **Meysenbug** wird seine Mission nach Rom Ende dieser Woche antreten. — Die „Wiener Abendpost" bezeichnet die Nachricht der „Italie", Freiherr v. Beust habe an die russische Regierung eine Note gesendet, in welcher dieselbe über ihre Absichten gegenüber Oesterreich interpellirt werde, für vollständig erfunden.

Wien, 19. Mai. Das Abgeordnetenhaus bewilligte in seiner heutigen Sitzung bei der Budgetdebatte die Erfordernisse für den Hofstaat mit 3,420,000 Fl., für den Reichsrath, Staatsrath, Ministerrath und für das Ministerium des Innern mit 16,137,992 Fl., für das Ministerium der Landesvertheidigung mit 3,275,817 Fl., für das Cultus- und Unterrichtsministerium mit 4,961,269 Fl., für das Finanzministerium mit 86,863,468 Fl. und für das Handelsministerium mit 12,655,000 Fl.

Dem „Wanderer" zufolge ist der Erzbischof Haynald nach Rom gereist, um dort im Auftrage des Kaisers die Erklärung abzugeben, daß derselbe Angesichts der veränderten staatlichen Verhältnisse nicht umhin könne, das Religionsgesetz zu sanctioniren. (T. B. f. N.)

Frankreich.

Paris, 19. Mai. [Gesetzgebender Körper.] Die Regierung brachte zwei Vorlagen ein, die eine betreffend die Deckung von Rückständen durch die künftige Anleihe, die andere betreffend die Eintragung von 8½ Millionen Frcs. auf das außerordentliche Budget von 1869 behufs Vollendung der Vicinalwege. Die Kammer erklärte die Wahl des Deputirten **Corneille** (Rouen) für giltig und setzte sodann die gestrige Debatte über das volkswirthschaftliche System Frankreichs fort. **Rouher** hielt eine längere Rede. Der Staatsminister beleuchtete vornehmlich zwei Fragen: ob der Handelsvertrag von 1860 der National-Industrie Eintrag gethan habe und welches die Ursachen der allgemeinen Geschäftskrisis in Europa seien.

„France" zufolge wird der französische Botschafter in Berlin, **Benedetti**, auf mehrere Wochen nach Karlsbad gehen. (W. T. B.)

Paris, 18. Mai. Der Fürst Metternich hat die Leitung der österreichischen Botschaft wieder übernommen.

Die „France" glaubt, daß der Vorschlag, eine gemischte Commission zur Verwaltung der Tunesischen Finanzen einzusetzen, von den interessirten Mächten werde angenommen werden. — Preußen ist mit 9, Italien mit 28, England mit 30 und Frankreich mit 77 Millionen Francs betheiligt. (T. B. f. N.)

Großbritannien.

London, 19. Mai, Nachm. Unterhaus. — Gladstone interpellirte die Regierung über das Verfahren, welches sie bei der am Freitage bevorstehenden zweiten Lesung des Gesetzes über die irische Staatskirche zu beobachten gedenke. Disraeli erwiderte: „Wir werden dem Gesetze die stärkste Opposition machen, welche in unserer Macht steht".

In Erwiderung auf eine Interpellation des Mr. Dalgish sagte Disraeli, daß er mit Genehmigung des Hauses am Donnerstage das Verhalten der Regierung in Betreff der Schottischen Reformbill darlegen werde. (T. B. f. N.)

London, 19. Mai. Unterhaus. Fortsetzung der Debatte über das Wahlreformgesetz für Schottland. Knigthley beantragte, daß, um die Anzahl der Vertreter Schottlands zu vermehren, die englischen Wahlflecken, welche weniger als 12,000 Bewohner und doch zwei Vertreter hätten, einen derselben verlieren sollten. Disraeli unterstützt den Antrag Knigthley's, Gladstone dagegen sprach sich für den Antrag Baxter's aus. Letzterer wurde mit 217 gegen 196 Stimmen angenommen. — Ein Amendement Bouverie's, welches die Wahlberechtigung wieder an eine Miethe von 10 Pfund jährlich knüpft, wurde mit 118 gegen 96 Stimmen angenommen. — Disraeli beantragte die Vertagung der Debatte, um die Lage der Regierung in Erwägung ziehen zu können. Diesem Antrage wurde Folge gegeben und die Discussion bis Montag vertagt. (T. B. f. N.)

London, 18. Mai. Im Oberhause zog heute der Herzog von Marlborough im Namen der Regierung das Erziehungsgesetz mit Rücksicht auf den Stand der parlamentarischen Geschäfte für die gegenwärtige Session zurück.

Im Unterhause kam die Reform des schottischen Wahlgesetzes zur Verhandlung. Baxter brachte ein Amendement ein, die neuen schottischen Mitglieder auf Grund dessen zu wählen, daß die englischen Flecken von weniger als 5000 Bewohnern ihr Wahlrecht verlieren.

Heute wurde ein großes Meeting unter dem Vorsitz des Lordmayor abgehalten. Es wurden Resolutionen für die Aufrechterhaltung der irischen Staatskirche angenommen. (T. B. f. N.)

Telegraphische Depeschen
aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Dresden, 19. Mai Abends. Die Herrenkammer lehnte mit 22 Stimmen gegen 15 Stimmen die von der zweiten Kammer beschlossene Abschaffung der Todesstrafe ab.

London, 19. Mai, Nachts. **Unterhaus**. Auf die bezüglichen Interpellationen von Gladstone und Dolglisch erwiedert Disraeli: Die Regierung werde die irische Kirchenbill auf das Entschiedenste bekämpfen und übermorgen den Regierungsbeschluß bezüglich der schottischen Reformbill mittheilen. — Der „Globe" befürwortet die Parlaments Auflösung.

Namslau, 20. Mai. Soeben Punkt 10 Uhr traf der Extrazug auf der Rechten Oderufer-Eisenbahn ein und kommt Abends nach Breslau. (Telegr. Dep. der Bresl. Ztg.)

Breslau, 20. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. — Z. U.-P. 3 F. — Z.

[Breslauer Börse vom 20. Mai.] Schluß-Course. (1 Uhr Nachm.) Russisch Papiergeld 83⅝—¾ bez. u. Br. Oesterr. Banknoten 87⅓—¼ bez. Schles. Rentenbriefe 91½ bez. Schles. Pfandbriefe 83 bez. u. Gd. Oesterr. National-Anleihe 54⅛ bez. Freiburger 116—½ bez. u. Gd. Neisse-Brieger —. Oberschlesische Litt. A. und C. 185¾ Br. Wilhelmsbahn 88½ Br. Oppeln-Tarnowitzer 76¼ Gd. Oesterr. Creditbank-Actien 81⅜ bez. Schles. Bank-Verein 114 Gd. 1860er Loose 69⅞ Br. Amerikaner 77 bez. u. Br. Warschau-Wiener 60¼—½—¼ bez. u. Br. Minerva 36⅛—36 bez. Baier. Anleihe —. Italiener 48⅝ bez.

Breslau, 20. Mai. Preise der Cerealien.
Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

	fein	mittel	ordin.		fein	mittel	ordin.
Weizen, weißer	110—114	106	94—100	Gerste	58—60	55	50—52
do. gelber,	106—109	102	93—99	Hafer	39	38	36--37
Roggen, schles.	72—73	70	66—68	Erbsen	68—70	66	58—62
do. fremder	70—72	66	62—64				

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 17½ Br., 17¼ Gld.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. 7000 Ctr. Roggen. — Ctr. Leinöl. 800 Ctr. Rüböl. — Qrt. Spiritus. — Ctr. Rapskuchen. — Ctr. Hafer.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Wolff's Telegraphisches Bureau.)

Paris, 19. Mai, Nachm. 3 Uhr. Fest, doch unbelebt. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93⅜ gemeldet. **Schluß-Course**: 3proc. Rente 69, 65—69, 57½. Italien. 5proc. Rente 49, 95. Oesterr. Staats-Eisenb.-Actien 556, 25. dito ältere Prioritäten 260, 00. dito neuere Prioritäten 258, 50. Credit-Mobil.-Actien 287, 50. Lombard. Eisenbahn-Actien 376, 25. dto. Prioritäten 217, 00. 6proc. Ver.-Staaten-Anl. pr. 1882 (ungest.) 81.

London, 19. Mai, Nachmittags 4 Uhr. **Schluß-Course**: Consols 93 5/16. 1proc. Spanier 36⅜. Italien. 5proc. Rente 49½. Lombarden 15. Mexicaner 16. 5proc. Russen —. Neue Russen 84⅜. Silber —. Türkische Anleihe von 1865 35/16. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 71 5/16.

Frankfurt a. M., 19. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Wiener Wechsel 101⅞ B. Oesterreichische National-Anleihe 52½. 6% Verein. Staaten-Anl. pr. 1882 76⅝. Hess. Ludwigsbahn 130¼ B. Baierische Prämien-Anleihe 100¼. 1854er Looje 64¼ B. 1860er Loose 69⅝. 1864er Loose 86¼. Oberhessische 74½. Russ. Bodenkredit 80. — Fester. Nach Schluß der Börse: Creditactien 190½, Staatsbahn 260¼, Amerikaner pr. ult. 76 5/16.

Frankfurt a. M., 19. Mai, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 76⅜—76¼. Credit-Actien 190. Steuerfreie Anleihe 49¾. 1860er Loose 69⅝. 5proc. engl. Anleihe 61½. Staatsbahn 259⅞. Geschäftslos.

Bremen, 19. Mai. **Petroleum**, Standard white, loco 5⅞.

Wien, 19. Mai, Abends. [Abend-Börse.] Credit-Actien 181, 70. Nordbahn — —. 1860er Loose 79, 85. 1864er Loose 84, 60. Böhmische Westbahn — —. Staatsbahn 256, —. Galizier 198, 75. Steuerfreies Anlehen — —. Napoleonsd'or 9, 32. Lombarden 174, 40. Ungarische Creditactien — —. Elisabetbahn — —. Matt.

Hamburg, 19. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen auf Termine steigend. **Weizen** pr. Mai 5400 Pfd. netto 164 Bancothaler Br., 163 Gld., pr. Mai-Juni 159 Br., 158 Gld., pr. Juli-August 145 Br. u. Gld. **Roggen** pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 112 Br., 110 Gld., pr. Mai-Juni 108 Br. u. Gld., pr. Juli-August 98 Br. 97 Gld. **Hafer** stille. **Rüböl** matt, loco 20⅞, pr. Mai 20¾, per October 22⅛. **Spiritus** ohne Kauflust. **Kaffee** ruhig. **Zink** fest. — Sehr schönes Wetter.

Petersburg, 19. Mai. [Schluß-Course.] Wechselcours auf London 3 Monate 32⅝—32¾ D., do. auf Hamburg 3 Mon. 29½—29⅝ Sch., do. auf Amsterdam 3 Monate 162½ Ct., do. auf Paris 3 Monate 142½. 1864er Prämien-Anleihe 132½. 1866er Prämien-Anleihe 129½. Gelber Lichttalg (mit Handgeld) pr. August 47¼. Gelber Lichttalg loco 48½. Große Russ. Eisenbahn 119.

Liverpool, 19. Mai, Mittags. **Baumwolle**: 15,000 Ballen Umsatz. New-Orleans 12⅜. Georgia 12⅛. Fair Dhollerah 10¼. Middling fair Dhollerah —. Good middling Dhollerah 10. Bengal 9¾. Good fair Bengal —. Fine Bengal —. New fair Oomra 10½. Good fair Oomra 11. Pernam 12½. Egyptische 13¼. Smyrna 10½. Orleans schwimmend —. Schwimmende Amerikaner —. Savannah —. Mobile —. Oomra April-Verschiffung —. Ruhig. Wenig Frage für schwimmende Baumwolle.

— 19. Mai. (Schlußbericht.) Baumwolle: 5,000 Ballen Umsatz, davon für Speculation und Export 1500 Ballen. Preise 3/16 d. niedriger.

Newyork, 19. Mai, Abends 6 Uhr. [Pr. atlant. Kabel.] Wechsel auf London in Gold 110⅛. Goldagio 39½. Bonds 109½. 1885er Bonds 107¾. 1904er Bonds 103¼. Illinois 147. Eriebahn 68¾. Baumwolle 31½. Petroleum 28½. Mehl 9, 80.

Havanna, 19. Mai. Zucker 8⅝. Wechselcours 10¼.

London, 19. Mai, Abends. Wollauction Besserung anhaltend.

Berliner Börse vom 19. Mai 1868.

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	97 bz.
Staats-Anl. von 1859	5	103¾ bz.
dito 1854.55	4½	95½ bz.
dito 1857.59	4½	95½ bz.
dito 1856	4½	95¾ bz.
dito 1864	4½	95½ bz.
dito 1867	4½	95½ bz.
dito 1850/52	4	88½ bz.
dito 1853	4	88½ bz.
dito 1862	4	88½ bz
Staats-Schuldscheine	3½	84¼ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	116⅜ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	97 b.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	77 bz
Pfandbriefe: Pommersche	3½	75⅝ bz.
Pfandbriefe: Posensche	4	— — —
Pfandbriefe: dito	3½	— — —
Pfandbriefe: dito neue	4	85½ bz.
Pfandbriefe: Schlesische	3½	— — —
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	90¾ bz.
Rentenbriefe: Pommersche	4	90½ bz.
Rentenbriefe: Posensche	4	89½ bz.
Rentenbriefe: Preussische	4	89¼ bz.
Rentenbriefe: Westph. u. Rhein.	4	91¼ bz.
Rentenbriefe: Sächsische	4	92¼ bz.
Rentenbriefe: Schlesische	4	91⅜ bz.
Louisd'or 112½ G.	Oest. Bk. 87⅓ bz	
Goldk. 9. 11½ G.	Russ. Bkn. 83½ b.	

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	48¾ B.
dito Nat.-Anl.	5	54 bz.
dito Lot.-A.v.60	5	69⅞ bz.
dito dito 64	—	49¼ bz. G.
dito 54er Pr.-A.	4	65½ bz. G
dito Eisenb.-L.	—	76¼ bz. G.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	48½ bz.
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	84½ et bz. G
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	65⅞ B.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	63 bz.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	54 bz G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	88 B
dito à 300 Fl.	5	92 G.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	56⅜ et bz.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29½ B.
Amerikan. St.-Anl.	6	76⅞ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	96 B.
dito II.	4½	94½ G.
dito IV.	4½	93½ B.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	78¾ bz. G.
Cöln-Minden	4½	97½ B.
dito II.	5	101⅞ bz. B.
dito	4	84½ bz. G.
dito III.	4	83¾ G.
dito	4½	93 G.
dito IV.	4	83¾ G
dito V.	4	83¼ et. bz. B.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	82¼ bz
dito III. Em.	4½	90 B.
dito IV. Em.	4½	88¼ G.
Gal. Ludwigsb.	5	82¾ et. bz. G
Niederschl.-Märk.	4	87½ bz
dito conv.	4	88 bz. G
dito III.	4	84¾ B.
dito IV.	4½	94¾ bz. G.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	99¾ bz G.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	78¼ B.
dito C.	4	85¼ bz.
dito D.	4	85¼ bz.
dito E.	3½	78 bz.
dito F.	4½	93½ G
dito G.	4½	92⅛ B.
Oesterr.-Franz.	3	262 bz.
Oesterr. südl. St.-B.	3	214½ bz. B.
Rhein. v. St. gar.	4½	96 G
Rhein-Nahe-B gar.	4½	92¾ B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1866.	1867.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	38 bz.
Amsterd. Rottd.	4¾	—	4	102 B.
Berg.-Märkische	8	—	4	130⅞ bz.
Berlin-Anhalt	13¼	—	4	211¼ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	75¾ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4	96½ G.
Berlin-Hamburg	9	9½	4	165½ bz.
Berl.-Potsd-Mgd.	16	—	4	193 bz.
Berlin-Stettin	8 7/12	—	4	137 bz.
Böhm.-Westb.	5	—	5	63¾ G.
Breslau-Freib.	9⅙	—	4	117 bz B.
Cöln-Minden	9	—	4	133¼ bz.
Cosel-Oderberg	2⅓	—	4	88½ bz.
dito St.-Prior.	4½	—	4½	91¼ G.
dito dito	5	—	5	94½ B.
Galiz. Ludwigsb.	—	—	5	90¾ bz
Ludwigsh. Bexb.	10⅔	9⅖	4	149½ G
Magd.-Halberst.	—	—	4	162⅞ bz.
Magd.-Leipzig	—	—	4	219 et. bz. G.
Mainz-Ludwgsb.	—	—	4	128⅞ bz.
Mecklenburger	3	—	4	73 bz. B.
Neisse-Brieger	—	—	4	94½ bz. G.
Niedrschl.-Märk.	4	—	4	89 bz
Niedrschl. Zwgb.	5	—	4	77½ bz.
Nordbahn, Hess.	—	—	4	— — —
Oberschl. A.	12	—	3½	186¼ bz. B.
dito B.	12	—	3½	165⅝ bz.
dito C.	12	—	3½	186¼ bz. B.
Oest.-Fr. St.-B.	—	—	5	148¼ à ⅜ bz.
Oestr. südl. St.-B.	—	—	5	101⅝ à ¾ à ½ bz.
Oppeln-Tarnow.	—	—	5	76¼ bz. G.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	76¼ bz
R. Oderuf.-St.-Pr.	—	—	5	90⅝ bz. B.
Rheinische	—	—	4	118½ bz.
dito Stamm-Pr.	—	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	0	—	4	30¼ à 30 bz. G.
Stargard-Posen	4½	—	4½	84 bz. B.
Thüringer	—	—	4	134½ bz.
Warschau-Wien	—	—	5	60 bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	12	9⅙	4	159 B.
Braunschw. B.	0	6⅖	4	99¼ et. bz.
Bremer Bank	8	5¾	4	114 B.
Danziger Bank	8	5⅓	4	106½ bz.
Darmst. Zettelb.	4	—	4	96 G.
Geraer Bank	7⅜	5⅛	4	96½ G
Gothaer „	5	—	4	92 B.
Hannoversche B.	5⅕	—	4	84¾ B.
Hamb. Nordd. B.	8½	7½	4	119 B.
„ Vereins-B.	16 9/16	8¾	4	111 bz.
Königsberger B.	7 7/10	—	4	111 G.
Luxemburger B.	6	—	4	92½ bz
Magdeburger B.	5	4	4	95¾ G.
Posener Bank	7½	—	4	102 G.
Preuss. Bank-A.	13⅛	—	4½	151¾ bz.
Thüringer Bank	4	4	4	70 B.
Weimar	4¼	—	4	86⅚ bz.
Berl. Hand.-Ges.	3	—	4	117 G.
Coburg. Credb. A.	4	—	4	72 G.
Darmstädter „	6⅓	—	4	89¼ B
Dessauer „	0	—	—	2⅜ et. bz.
Disc. Com.-Anth.	8	—	4	113¼ G.
Genfer Credb.-A.	0	—	4	24⅞ bz.
Leipziger „	—	—	4	97½ B.
Meininger „	—	—	4	95¼ et bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	24 bz. G.
Oest. Credb.-A.	—	—	5	81⅜ bz.
Schl. Bank-Ver.	7½	—	4	114 G.
Minerva	—	—	5	36 bz
Fbr. v. Eisenbdf.	10	12½	5	137⅞ bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	143⅝ bz.	Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 26 bz.
dito dito	2 M.	142⅛ bz.	Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅝ G.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151⅜ bz.	dito dito	2 M.	99 5/12 G.
dito dito	2 M.	150⅞ bz.	Frankfurt a. M. 100 Fl	2 M.	56 28 bz.
London 1 Lstr.	3 M.	6. 23¾ bz.	Petersburg 100 S.-R.	3 W.	92 bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	81 1/12 bz.	dito dito	3 M.	91⅜ bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	87¼ bz.	Warschau 20 S.-R.	8 T.	83⅜ bz.
dito	2 M.	86½ bz.	Bremen 100 Thlr. Gold	8 T.	111⅝ G.

Breslau, 20. Mai. Der Geschäftsverkehr blieb am heutigen Markte sehr beschränkt, und haben sich bei stillem Geschäft Preise ungefähr behauptet.

Kleesaat ohne Handel.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 22—33 Sgr., Metze 1¾—2¼ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. In Vertretung: Dr. Weis.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.